



Senegalesische AuswanderInnen lassen sich nicht abschrecken

## Unaufgeklärt nach Europa?

**Das Konzept der «Abschreckung» macht bei Verschärfungen von Asyl- und Ausländergesetzen regelmässig die Runde. Potentielle EinwanderInnen sollen bereits in ihrem Heimatland erfahren, dass sie in Europa unerwünscht sind. Hier sei kein Leben in Würde und Wohlstand zu holen, so die Botschaft.**

Nicht abschrecken liessen sich die über 30'000 zumeist jungen WestafrikanerInnen, welche letztes Jahr in hölzernen Fischerbooten die Kanarischen Inseln erreicht haben und die cirka 6'000 Menschen welche die Überfahrt laut Schätzungen der Kanarischen Regionalregierung nicht überlebt haben. Etwa die Hälfte dieser AuswanderInnen stammt aus dem Senegal.

Die *Internationale Organisation für Migration IOM* (siehe Bulletin 01/05) erklärt dieses Phänomen unter Anderem damit, dass die Jugendlichen zu wenig aufgeklärt seien. Sie hätten also die Abschreckungsbotschaft noch gar nicht mitgekriegt. Deshalb bemüht sich die IOM nun mit millionenschweren, so genannten Informationskampagnen die senegalesische Jugend anzuspren-

chen, ihnen zu sagen, was die meisten schon längst wissen: Die Überfahrt sei lebensgefährlich und Europa kein Paradies.

**Wer bereit ist, sein Leben zu riskieren, den hindern harte Gesetze nicht**

Das Konzept der europäischen Abschreckungs- und Abschottungspolitik stösst im Senegal grundsätzlich auf wenig Verständnis. Sadikh Niass von der senegalesischen Menschenrechtsorganisation *Rencontre Africaine pour la Défense des Droits de l'Homme RADDHO* glaubt grundsätzlich nicht an die abschreckende Wirkung von harten Migrationsgesetzen: «Wer sein Leben auf dem Ozean riskiert, den lassen die Gesetze in den Zielländern kalt.» Mamadou Mbodji, der an der Universität von Dakar Psychologie lehrt, beobachtet ausserdem, dass viele Jugendliche den Glauben hätten «auserwählt zu sein». Sie würden so fest an sich und an ihre Chance auf Erfolg glauben, dass sie keine Gefahr und keine Widrigkeit von ihren Vorsätzen abbringen könne.

Amy (35) aus der früheren Kolonialstadt Rufisque ist eine der wenigen Frauen, die von den Kanaren nach Senegal zurückgeschafft worden ist. Sie weiss aus erster Hand, wie gefährlich die mehrtä-



gigen Überfahrten sind. Dennoch würde sie, hätte sie die nötigen Mittel, sofort wieder ein Fischerboot besteigen. Ihr Schicksal liege in Allahs Hand, mit Allahs Willen möchte sie in Spanien als Putzfrau oder Serviceangestellte arbeiten, um ihren drei Kindern eine bessere Zukunft zu bieten. Sollte sie unterwegs sterben, so wäre dies so vorgesehen, ihr Schicksal. Dass es als Illegale in Europa nicht allzu einfach sei, das wisse sie, sie würde aber schon einen Weg finden, sich irgendwie durchzuschlagen. Und gerade Spanien benötige ja Arbeitskräfte.

**Gratisarbeit als Wiedereingliederung?**

Die senegalesische Öffentlichkeit verfolgt das Phänomen der Massenauswanderung mit Sorge. Fast alle kennen

### migrantsrightswatch

Beobachtungsstelle Asyl- und Ausländerrecht

Seite 3

### Dossier:

Kampf der Kulturen

Seiten 5 – 8

### L-Bewilligungen

Ende für «Tänzerinnenstatut im Kanton Bern»

Seite 9

Jugendliche, die sich ins gefährliche Abenteuer gestürzt haben. Von der Regierung wird verlangt, dass sie den Jugendlichen zu Hause eine Zukunftsperspektive biete. Dahingehende Versuche fallen bisher kläglich aus: Zurückgeschaffte erhalten am etwas abgelegenen Flughafen von Saint-Louis umgerechnet 25 Franken für die Heimreise, ein kaltes Kebab und eine Limonade. Der so genannte Plan REVA (Retour vers

l'Agriculture) der mit spanischem Geld die Landwirtschaft modernisieren und so Arbeitsplätze schaffen soll, kann im jetzigen Stadium nur als schlechter Witz bezeichnet werden: Zurückgeschaffte Jugendliche sollen ohne Bezahlung auf Feldern arbeiten und dürfen dann die Ernte verkaufen. Wer Ende Jahr die Wassermelonenberge in Dakar gesehen hat, dem ist klar, dass die Jugendlichen kaum je einen Ertrag sehen werden.

Amy's Cousin jedenfalls hat schon zwei Wochen nach seiner Rückschaffung wieder ein Fischerboot bestiegen. Seither hat Amy nichts mehr von ihm gehört.

Dinu Gautier

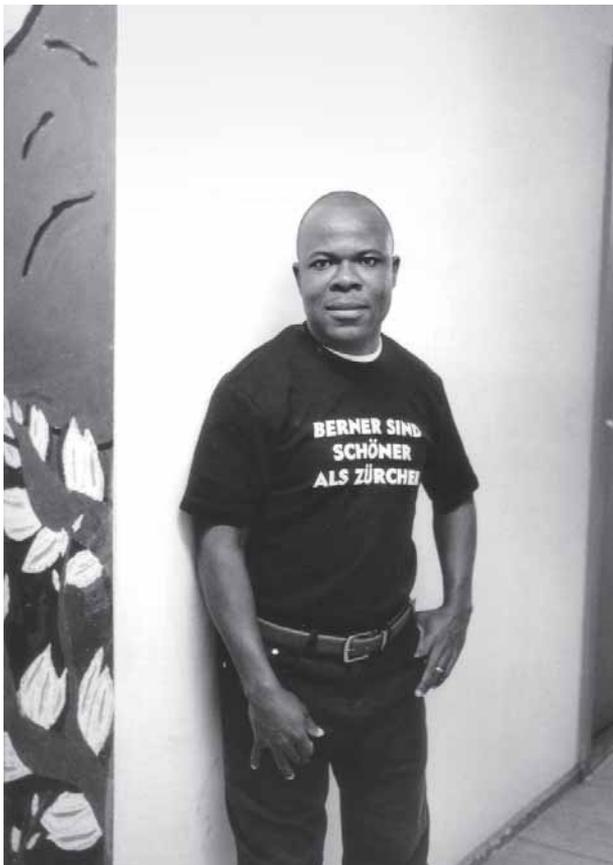
*Dinu Gautier absolvierte von August bis Ende Dezember ein juristisches Praktikum in Dakar, Senegal.*

## Radiosendung zum Sosf-Jubiläum

Wer das Banquet Républicain zum zwanzigjährigen Jubiläum von Sosf am 21. Oktober 2006 verpasste, kann die meisten Reden auf unserer Homepage

nachlesen. Dank der Unterstützung von Emine Sariaslan wurde ein Zusammenschluss der Redebeiträge des Jubiläums am 3. Dezember in einer zweistündigen

Sendung auch auf dem Offenen Politikanal des Zürcher Alternativradios LoRa gesendet. Diese Sendung kann ebenfalls auf [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch) angehört werden.



## Zu den Fotos dieser Ausgabe

Wir, Julia Weber und Simone Haug, sind als freischaffende Fotografinnen tätig und befinden uns in der Endphase unseres Soziologiestudiums. Im Sommer 2005 haben wir das Fotografinnenkollektiv *zeitpunktbild* gegründet. Wir interessieren uns für das unmittelbare Geschehen im öffentlichen Raum und sozialdokumentarische Langzeitprojekte.

Während eines halben Jahres (November 05 bis Juni 06) haben wir Asylsuchende Menschen in ihrem Lebensraum porträtiert. Die Bilder sind in verschiedenen Durchgangsheimen im Raum Bern entstanden.

In der zweiten Phase unseres Langzeitprojekts leihen wir den porträtierten Personen, zu welchen ein Kontakt überhaupt noch möglich ist, einen Fotoapparat. Die entstehenden Bilder geben uns Einblick in die Art und Weise, wie sie ihren alltäglichen Lebensraum wahrnehmen. Unser Blickwinkel auf die Personen und ihren Lebensraum wird so durch denjenigen der Porträtierten ergänzt.

[www.zeitpunktbild.ch](http://www.zeitpunktbild.ch)

Nach dem 24. September: der Widerstand geht weiter

## Beobachtungsstelle Asyl- und Ausländerrecht

**Am 8. Februar ist in Bern der Verein «Für eine Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht» gegründet worden. Sein Ziel: die Umsetzung der verschärften Asyl- und Ausländergesetze zu beobachten und Missstände zu dokumentieren. Nun sind viele Mitglieder gesucht – und grosszügige SpenderInnen.**

Am Abend des 24. Septembers mögen viele leer geschluckt haben. Verloren – vergebens all die aufgebrachte Mühe: klamme Finger beim Unterschriften-sammeln im Januar, stundenlanges Erklären während der Abstimmungskampagne. Deutlich verloren – das Schlagwortgewitter des Missbrauchs, das Beschwichtigungsgerede des Bundesrats haben die Mehrheit der Stimmenden gewonnen. Die erstaunlich breit abgestützte Gegnerschaft von Kirchen bis zu bürgerlichen Persönlichkeiten hat es nicht geschafft, mit Argumenten gegen vorgefasste Meinungen aufzukommen. Also wie weiter? Kopf hängen lassen? Schnell waren prominente Stimmen zu hören: jetzt gilt es genau zu beobachten, was geschieht, wenn diese Gesetze wirksam werden. Aber wer und wie?

Vom Welschen her, wo der Widerstand kräftiger war und eine offenere Kultur gegenüber Fremden spürbar ist, tauchte schon bald die Idee eines Projekts auf: «Observatoire – Beobachtungsstelle».

**«Ich will nicht glauben, ich will wissen.»**

In einem Bahnhofbuffet zwischen Genf und Romanshorn trifft sich im Oktober ein kleines Grüppchen für erste Pläne. Die Vorbereitungsgruppe erweitert sich, Sitzungen finden statt, Vertreter grosser Organisationen werden eingeladen, mitzureden und teilzunehmen. Langsam

nimmt das Projekt Gestalt an, auf einen breit gestreuten Einladungsbrief finden sich schliesslich am 8. Februar über 70 Personen zusammen zur Gründungsversammlung: eine «juristische Person» ist geboren. Und ein provisorischer Vorstand hat den Auftrag entgegengenommen, die gutgeheissenen Statuten umzusetzen.

Ein Teil der neuen Gesetze ist bereits in Kraft seit dem 1. Januar, der Rest folgt im Januar 2008. Überall, wo Gruppen und Einzelne in Kontakt sind mit Betroffenen, liegt Erfahrung, die nun gesammelt werden sollen, um allen zur Verfügung zu stehen. Vorerst gilt es, Geld zu sammeln, um die finanzielle Unabhängigkeit zu sichern, die zur Aufnahme der professionellen Arbeit nötig ist.

Während 12 Jahren praktischer Arbeit habe ich gelernt: Gesetzestexte und Politikerversprechen sind eines, die Wirklichkeit vor Ort das andere. Ich will

### migrantsrightswatch.ch

Wer Mitglied des Vereins werden oder die aktuellen Informationen über den Aufbau der Beobachtungsstelle erfahren will, kann dies am einfachsten übers Internet tun. Eine einfache Mitgliedschaft kostet jährlich 100.– (GönnerInnen das Doppelte und Wenigverdienende 50.–).



nicht glauben, ich will wissen. Dieses Motto möchte ich der Beobachtungsstelle mitgeben. Ich hoffe, dass die Umsetzung gelingt, um die gefährdeten Rechte der MigrantInnen zu schützen, gemeinsam mit allen, die vor Ort aktiv sind.

Afra Weidmann



**Grafik/Satz/Druck  
Weiterverarbeitung**

Oranis Offset  
Hohenbühlweg 4  
7002 Chur

Fon: 081 252 45 92  
Fax: 081 253 63 03  
E-Mail: [oranis@spin.ch](mailto:oranis@spin.ch)

ORANIS OFFSET

Auswanderung kann nicht illegal sein

## Weggehen ist ein Menschenrecht

**Ein gefährlicher Begriff macht sich breit: Wenn es um AfrikanerInnen geht, die durch die Wüste und dann über das Meer die Küsten Europas zu erreichen suchen, dann ist immer häufiger von «illegaler Auswanderung» die Rede. Und das, obwohl Art. 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte eindeutig das Recht auf Ausreise festhält.**

Hinter dem Konzept der «illegalen Auswanderung» steht eine alarmierende Wirklichkeit: Im Jahre 2003 erliess die marokkanische Regierung ein Gesetz «über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern in Marokko und über die irreguläre Immigration und Emigration». Dieses Gesetz sieht harte Strafen für all jene vor, die «das marokkanische Territorium auf heimliche Weise verlassen» oder andere dabei unterstützen. In der Tat hat Marokko auf Druck der Europäischen Union (EU) begonnen, Jagd auf Ausreisende zu machen – mit dem bekannten Resultat, dass bei Ceuta und Melilla im Herbst 2005 mindestens fünfzehn Flüchtlinge erschossen wurden.

Mit der Propagierung des Konzepts der «illegalen Auswanderung» wird die

simple Tatsache, dass jemand sich auf den Weg macht und sein Land verlässt, zu einem Straftatbestand. In einem Communiqué vom Mai 2006 begrüsst die Konferenz der Innenminister des westlichen Mittelmeeres «die Anstrengungen der Länder an der Südküste des Mittelmeers, die illegale Emigration Richtung Europa einzudämmen». Und weiter im Süden lassen die senegalesischen Behörden regelmässig verlautbaren, dass sie auf ihrem Territorium «Kandidaten für die klandestine Ausreise» verhaftet haben.

Allerdings stehen sowohl Konzepte und Gesetze, die aus EmigrantInnen Kriminelle machen, als auch die Praxis, die durch die entsprechenden Gesetze legitimiert werden soll, in klarem Widerspruch zum Prinzip, das 1948 im Artikel 13 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben wurde: «Jeder hat das Recht, jedes Land, einschliesslich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.» Völkerrechtlich kann nur die Einreise illegal sein, da der Eintritt in ein Staatsterritorium dessen Souveränität untersteht.

Die Kriminalisierung der MigrantInnen an der Quelle ist sicher nichts Neues. Aber sie war und bleibt Ländern vorbehalten, welche sich am sowjetischen Modell orientieren, wo es Brauch war, EmigrantInnen ins Visier zu nehmen und sie als Ausreisser zu betrachten. Dieses Modell hat verschiedene autoritäre Regimes wie Nordkorea oder Kuba inspiriert.

Die europäischen Regierungen und – unter dem Druck der EU – deren afrikanische Partner sind dabei, ein Konzept wieder einzuführen, das jeglicher völkerrechtlicher Grundlagen entbehrt. Ihr einziges Ziel ist es, die europäischen Grenzen zu schützen. Hier zeigt sich der Rückfall in ein System, das Unerwünschte an den Rand drängt und sie immer häufiger und an immer mehr Orten interniert: hier das heilige Land der reichen Staaten, dort eine Zone, aus der es verboten ist, auszubrechen. Eine Zone, die immer mehr einem grossen Lager gleicht.

Claire Rodier  
Migreurop

Europa von links unten (5) – Migreurop

## Netzwerk von AktivistInnen und ForscherInnen

Migreurop wurde 2002 gegründet. Ziel dieses Netzwerks von AktivistInnen und ForscherInnen aus verschiedenen Ländern Europas und des Maghreb ist es, die europäischen Dispositive gegen «unerwünschte» MigrantInnen und Flüchtlinge zu identifizieren, bekanntzumachen, anzuprangern und zu bekämpfen. Eindrücklichstes Beispiel hierfür ist die Administrativ- und Ausschaffungshaft, die Migreurop als das bezeichnet, was sie ist: als «Internierungslager für AusländerInnen». Eines der ersten Projekte des Netzwerkes war deshalb die Erstellung und regelmässige Nachführung einer «Karte der AusländerInnenlager». ([www.migreurop.org](http://www.migreurop.org))



# Solidarité sans frontières

März 2007

Dossier 2007/01 – Kampf der Kulturen?

## Kampf der Kulturen?

«Clash of Civilizations» (Zusammenprall der Zivilisationen) war der Titel eines Buches, das der ultrakonservative US-Politologe Samuel Huntington 1993 publizierte. Der Kampf zwischen angeblich unvereinbaren Kulturen ist inzwischen zur alltäglichen Leitfigur fremdenfeindlicher Polit-Propaganda geworden.

«Die passen nicht zu uns.» Auf diesen einfachen Nenner lässt sich die jüngste Debatte in der Ausländerpolitik zusammenfassen. Jahrelang hat die Rechte ihre Kampagnen erfolgreich mit dem ideologischen Totschläger der «Missbrauchsbekämpfung» geführt. Seit den Abstimmungen des letzten Septembers steht dagegen das Thema «Integration» ganz oben auf der Hitliste der ausländerpolitischen Diskussion. Die Anlässe dafür sind beliebig: Ob es sich um den Islam schlechthin oder nur um den Bau von Minaretten geht, um Zwangsehen, um sexuelle Übergriffe von (ausländischen oder eingebürgerten) Jugendlichen in Zürich-Seebach oder anderswo oder um den angeblich überdimensionierten Ausländeranteil an der «steigenden Jugendgewalt» – die genauen Fakten und Zusammenhänge interessieren nicht. Die Frage lautet stattdessen immer wieder: Sind die betroffenen Personen und Gruppen aus «fremden Kulturen» noch integrierbar? Die Frage stellt nicht nur die SVP, die erwartungsgemäss Jugendliche samt ihren Eltern ausschaffen und Straffällige auch gleich ausbürgern möchte. Auch Teile der Linken finden Geschmack an einer Kombination von Integration und Zwang: Die SP favorisierte in ihrem Integrationspapier unlängst das Modell

individueller Integrationsvereinbarungen. Und der Basler Integrationsbeauftragte Thomas Kessler begeistert sich für das neue kantonale Gesetz, das die Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen an den erfolgreichen Abschluss von Sprach- und Integrationskursen bindet.

### Das Böse kommt von aussen

Mit der Warnung vor den nicht integrierbaren Kulturen kehrt die alte Überfremdungsideologie der sechziger und siebziger Jahre in neomodischem Gewand zurück. Das Muster, das Böse als Fremdes und konsequenterweise das Fremde als Böses zu benennen, war jedoch nie ganz aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. In der Drogendebatte kann man die gleiche Figur über Jahre zurückverfolgen. In deren Mittelpunkt standen seit Mitte 80er Jahre die «ausländischen Dealer» – zunächst Tاملen, dann Kosovo-Albaner, mittlerweile Schwarzafrikaner –, ohne die wir offenbar gar kein Drogenproblem hätten. Wer aus welchen Gründen Betäubungsmittel konsumiert und welche gesundheitlich verheerenden Konsequenzen die Verbotspolitik mit sich bringt, brauchte da nicht mehr zu interessieren.

### «Die sind so. Wir sind anders.»

Niemand will nun behaupten, es gebe keine Gewalt oder Zwangsehen seien ein wünschenswerter Zustand. Und möglicherweise kann ein regelmässig lärmender Turm (sei dies nun ein Minarett oder allenfalls ein urschweizerisch-christlicher Kirchturm) selbst religiöse Menschen stören. Die Umdefinition in kulturelle Konflikte verwandelt jedoch reale Auseinandersetzungen in «Ausländerprobleme» und stellt sie als «unserer Gesellschaft äusserlich» dar. Fragen des Zusammenlebens aber auch des Geschlechterverhältnisses werden nicht thematisiert als Herausforderungen *unserer* Gesellschaft, sondern als Einbruch des Fremden.

Bei einer solchen Sichtweise bleibt als Lösung entweder die Ausweisung oder aber die kontrollierte Assimilation, wie sie in Integrationsvereinbarungen festgehalten werden soll. Assimiliert wird natürlich an eine «Normalgesellschaft», an eine Muster- und Einheitskultur, die so nur in Wunschträumen existiert.

Aber ohne Rechtsgleichheit, ohne ökonomische und soziale Gleichstellung und Teilhabe aller an gesellschaftlichen und politischen Prozessen wird aus Integration Zwang.

Balthasar Glättli  
Heiner Busch

Dossier aus dem  
Bulletin 1/2007 von  
Solidarité sans  
frontières  
Neuengasse 8  
3011 Bern

www.sosf.ch  
sekretariat@sosf.ch

T 031 311 07 70  
F 031 311 07 75

PC 30-13574-6

## Zwang und Gewalt in Beziehungen sind keine Kulturfrage Schutz oder Diskriminierung?

Die Sozialanthropologin Annemarie Sancar erklärt, warum die aktuelle Debatte um «Zwangsehen» am Ziel einer Politik der Gleichberechtigung vorbeigeht.

*Die St. Galler Fremdenpolizei hat im Frühjahr 2006 vorgeführt, wie sie in Zukunft im Falle von so genannten Zwangsehen vorgehen will. Sie schaffte zwei türkische Männer – den Ehemann und den Schwiegervater einer türkischen Frau – aus. Wie bewerten Sie dieses Vorgehen?*

Der Kanton St. Gallen war einer der ersten, der in seinem Polizeirecht die Möglichkeit verankerte, gewalttätige Männer aus der ehelichen Wohnung wegzuweisen. Tatsächlich hat man die beiden Männer aber nicht nur aus der Wohnung weggewiesen, sondern gleich ausgeschafft – und das, obwohl der Schwiegervater bereits seit dreissig Jahren hier lebte und sonst nie aufgefallen war. Das Strafverfahren wegen Nötigung wurde gar nicht abgewartet. Man hat vollendete Tatsachen geschaffen. Polizeidirektorin Karin Keller-Suter präsentierte sich in den Medien als Verteidigerin und heldenhafte Beschützerin der weiblichen Opfer. Sie wollte mit dieser Aktion Massstäbe setzen. Tatsache ist, dass das Etikett «Zwangsehen», das hier ganz schnell angeklebt wurde, jegliche Kritik am staatlichen Vorgehen an den Rand drängt. Niemand kann mehr sagen, das sei ungerecht – sonst stellt er oder sie sich gegen die Interessen der Opfer.

*Von Zwangsehen und Ehrenmorden ist derzeit viel die Rede. Ist es nicht richtig, dass der Staat etwas tut gegen*

*diese Erscheinungsformen von Gewalt?*

Es ist vollkommen klar, dass es Aufgabe des Staates ist, Personen, die von Gewalt bedroht sind, zu schützen. Zwang oder Gewalt in Ehe oder Beziehungen verletzen die Menschenrechte in der Regel der Frauen auf physische und psychische Integrität. Da muss der Staat natürlich eingreifen – und zwar unabhängig davon, woher die Leute kommen und auch unabhängig davon, wie diese Ehe oder Beziehung zustande gekommen ist. Die Frage ist allerdings, wie das geschehen soll.

*Sie haben in einem Artikel im neusten «Widerspruch» dargelegt, dass der Begriff «Zwangsehen» zum nützlichen Instrument der repressiven Ausländerpolitik geworden ist.*

Mit dem Begriff werden hierzulande nur Beziehungen von ImmigrantInnen etikettiert – und zwar fast ausschliesslich von muslimischen ImmigrantInnen. Damit steht das Etikett der «Zwangsehen» am Anfang einer ausländerpolitischen und -rechtlichen Logik, mit der diskriminierende Massnahmen gerechtfertigt und ohne Erklärungsbedarf durchgesetzt werden können. Nur bei muslimischen ImmigrantInnen wird daher ein Bedarf für eine eigene Strafnorm gesehen. Typischerweise werden Zwang und Gewalt in Beziehungen zwischen SchweizerInnen unter ganz anderen Begrifflichkeiten diskutiert – nämlich als «häusliche Gewalt» oder in schlimmen Fällen als «Familien-drama». Man sucht nach psychologischen Ursachen. Man verordnet Thera-

pien und ähnliches. Damit wird ein Vergleich zu Zwangssituationen und Gewalt in Beziehungen von ImmigrantInnen von vorn herein ausgeschlossen, obwohl man bei genauem Hinschauen auch Ähnlichkeiten finden würde. Um die «Zwangsehen» wird indes ein völlig anderer Diskurs geführt. Da geht man in die Richtung kulturspezifische Abweichungen oder Defizite. Die Probleme werden nicht in den gesellschaftlich begründeten Schwierigkeiten des Zusammenlebens gesehen, sondern auf die «kulturfremde» Art der Eheschliessung zurückgeführt. Gewalt in Ehe und Beziehung wird so zu einem Ausländerproblem umdefiniert, das entweder durch Anpassung oder durch Ausschaffung zu lösen sei. Der politische und rechtliche Zweck heiligt die Definition. Eine Politik, die Gleichberechtigung einfordert, hat hier das Nachsehen.

Interview: Heiner Busch

*Annemarie Sancar: Zwangsehen und Diskurszwänge, in: Widerspruch 51, 2/2006, S. 101-108*

Frauenunterdrückung als Argument der Rechten

## Lässt sich Gleichstellung kulturalisieren?

**Mit der Anschuldigung, «Ausländergewalt» zu verharmlosen, sollen DiskriminierungsgegnerInnen nicht nur in die Defensive gedrängt werden, sondern gleich auch noch zu blauäugigen Komplizen krimineller Machenschaften abgestempelt werden. Dieser Trick ist nicht neu - auch nicht der Reflex der Angeschuldigten, sich vom angeprangerten Übel abzugrenzen und nach verstärkten Staatssanktionen zu rufen.**

Wer bedingungslos Chancengleichheit fordere, trage damit die Schuld für Gewaltübergriffe und Frauenunterdrückung. So der Vorwurf an das Gleichstellungsbüro Baselland, das sich nach

Meinung von SVP-Politikern nicht getraue, sich für die unterdrückten Musliminnen einzusetzen (BAZ vom 19.1.2007). Mit der Kulturalisierung der Gleichstellungsfrage lassen sich Gleichstellungsforderungen in patriarchale Kontrollansprüche pervertieren. Das Resultat sind Strafverschärfungen für gewalttätige Migranten anstelle von Handlungsoptionen für gewaltbetroffene Migrantinnen.

Dass die systematische Gewalt gegen Frauen – eine der Grundkomponenten ihrer Unterdrückung – als Menschenrechtsverletzung und nicht bloss als eine Privatangelegenheit anzuerkennen sei, dafür haben Feministinnen im letzten Jahrhundert unermüdlich gekämpft. Die Kampagne mit dem eigentlich unwidersprechbaren Anliegen erwies sich stets als eine schwierige Gratwanderung: Die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe beispielsweise wurde mit

einer Kulturalisierung von Männergewalt und Frauenunterdrückung bezahlt. Mit der differenzierenden asylrechtlichen Behandlung von Geschlechterungleichheit wurden ethnisierte Geschlechterkategorien konstruiert. Dieses «Dilemma der Differenz» macht sichtbar, dass sich der Verzicht auf (männerorientierte) rechtliche Gleichbehandlung sowohl als Befreiungs- als auch Unterdrückungsinstrument einsetzen lässt. Die Aufgliederung nach Geschlecht und sozialen Gruppen in einem patriarchalen System kann sowohl zum Schutz für Benachteiligte, aber auch zur Rückbindung an naturalisierende Rollenbilder führen (vgl. dazu den Aufsatz Gender, Migration and Law: Crossing Borders and Bridging Disciplines von Kitty Calavita in der International Migration Review, Nr. 153, 2006).

Anni Lanz

Solidaritätsnetz Region Basel

### «Kulturalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt»

#### Podium am 10. Mai 2007 in Basel

Wünschbar ist, dass sich anstelle der IntergrationsspezialistInnen ohne Migrationserfahrung vermehrt Feministinnen mit Migrationserfahrung zum Thema «geschlechtsspezifische Gewalt» äussern.

Am 10. Mai 2007, 19 Uhr findet im Kultur- und Begegnungszentrum Union Basel an der Klybeckstrasse 95 ein Podium statt, an welchem Zeynep Yerdelen Fanti (Co-Räsidentin von terre des hommes schweiz), Jael Bueno (Leiterin des Präventionsprojektes Luna), Chitra Russo-Chrisostrom (Projektleiterin von KATPAKAM) und Carmel Fröhlicher-Stines (Präsidentin von CRAN) unter der Moderation von Inés Mateos (Gleichstellungsbeauftragte) mit Fragen zu geschlechtsspezifischer Gewalt auseinandersetzen:

- Was hat geschlechtsspezifische Gewalt mit Migration zu tun?
- Warum wird Gewalt mit bestimmten Kulturen in Verbindung gebracht?
- Welches sind frauengerechte Instrumente, um gegen Gewaltübergriffe vorzugehen?
- Was bewirken Sondergesetze wie Ausländergesetz und Strafnormen gegen Zwangsheirat?

Die Podiumsteilnehmerinnen bereiten sich seit Anfang 2007 auf das Podiumsgespräch vor und loten gemeinsam Vielschichtigkeiten und Ambivalenzen aus. Das Solidaritätsnetz Region Basel übernimmt die Organisationsarbeit. Anlass zu diesem Projekt ist einerseits das Gutachten zu häuslicher Gewalt als Refoulementverbot gemäss Art. 3 EMRK (erhältlich bei Sosl), andererseits die laufenden Wahlkampfdispute zu «Ausländerkriminalität».

Der polizeiliche «Balkantyp» als Teil einer Strategie

## Blitzableiter

**Rassistische Polizeimitteilungen sind nicht bloss individuelle Fehlleistungen, sondern Effekt einer permanenten fremdenfeindlichen Demagogie. Diese Sündenbockpolitik hat zum Zweck, die realen sozialen Widersprüche des Neoliberalismus zu verdecken.**

In einer Medienmitteilung vom 17. Dezember 2006 beschreibt die Stadtpolizei Bern drei mutmassliche Täter wie folgt:

1. *Unbekannter Mann*, [weitere Angaben], **Balkantyp**.

2. *Unbekannter Mann*, [weitere Angaben], **Balkantyp**.

3. *Unbekannter Mann*, [weitere Angaben], **Balkantyp**.

Alle drei sprachen akzentfrei Berndeutsch.

Dies wirft Fragen auf. Welche besonderen Eigenschaften kennzeichnen denn im polizeilichen Verständnis die Leute zwischen der Südspitze des Peloponnes und dem Wiener Rennweg, namentlich wenn diese Menschen erst noch akzentfrei Berndeutsch sprechen? Zu welchen polizeilichen Zwecken könnte ein derartiges Signalement tauglich sein?

Das sind allerdings rhetorische Fragen. Denn dass der Nutzen einer derartigen Ausschreibung wohl einzig und allein in der Verfestigung rassistischer Vorurteile und in der Pflege interkulturellen Unfriedens liegen dürfte, ist nur zu offensichtlich. Die Erklärung, in solchen Fehlleistungen drücke sich eine im Korps verwurzelte und offenbar durch keine Ausbildungsmassnahme abbaubare Mentalität aus, greift für sich allein aber zu kurz. Dieser Vorfall zeigt

mehr: Die beiden übrigen, sich sonst so anständig gebenden bürgerlichen Parteien billigen diese fremdenfeindliche Demagogie der SVP und erlauben es damit, dass Denkweisen wieder aussprechbar werden, die noch vor einigen Jahren scheinot und unsichtbar unter dem Deckel geschichtlicher Erfahrungen begraben lagen.

### Rassismus und Ausgrenzung verdecken soziale Widersprüche

Eine politische Analyse darf aber auch hier nicht Halt machen, sondern muss den Grund für diese Entwicklung und die dahinter stehenden Interessen benennen. Der Zwang, immer mehr Bereiche und Ressourcen der profitablen Nutzung einer Minderheit zu unterwerfen, welche über Kapital und Produktion bestimmt und darum herrscht, hat unausweichlich Folgen. Für eine Minderheit sind die Folgen steigender Gewinn. Für eine Mehrheit der Bevölkerung aber sind die Folgen Sozialabbau, Arbeitsdruck, Unsicherheit und Verdrängung. Folgen, die immer spürbarer in Erscheinung treten. Damit wächst für die Nutzniesser dieser Ordnung die Notwendigkeit, Blitzableiter für das steigende Unbehagen und den zu Recht wachsenden Widerstand zu finden. «Balkantypen», «Sozialschmarotzer», «Scheininvaliden und -asylanten», «Randständige» erfüllen diese Funktion. Ihre Verdrängung aus dem öffentlichen Raum dient erst noch dessen Privatisierung und Kommerzialisierung, nützt also wiederum den genannten Interessen.

Videoüberwachung, Wegweisungen, Kontroll- und Sicherheitsstaat, Grund-

rechtsabbau, Diskriminierung treffen so mehrere Fliegen mit einem Schlag. Sie schaffen Sündenböcke, monopolisieren die bis dahin allen Menschen zugänglichen Bereiche und sichern damit schliesslich Rendite und Herrschaft weiter.

Es wäre darum naiv, zu meinen, ausgerechnet jenes Staatsorgan, das für die Erhaltung der beschriebenen Ordnung zuständig ist, werde von sich aus auf den Einsatz rassistischer Vorgehensweisen verzichten. Im Gegenteil, sie sind einer seiner Beiträge an die genannte Strategie.

Der diskriminierende Fahndungsaufwurf wird für den Berner Stadtrat dank Interpellationen der Grünen Partei Bern-Demokratische Alternative und des Grünen Bündnisses zum Thema werden. Gut so. Doch grundsätzlich bekämpfen lässt sich solches Handeln letztlich nur, wenn auch dessen letzte Ursache angegangen wird: Die Profitordnung selbst.

Daniele Jenni  
Stadtrat Grüne Partei Bern –  
Demokratische Alternative

Ende für «Tänzerinnenstatut» im Kanton Bern?

## Scheinheilig und naiv

**Bisher haben nur sechs Kantone das «Tänzerinnenstatut» abgeschafft: die beiden Appenzell, St. Gallen, Thurgau, Wallis und Zug. Der Kanton Bern wollte ihrem Beispiel auf Anfang 2007 folgen. Weil noch zwei Vorstösse im Grossen Rat hängig sind, sind diese Pläne aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Martha Wigger von «Xenia», der Berner Beratungsstelle für Frauen im Sexgewerbe, gibt Auskunft.**

*Xenia ist im Kanton Bern die einzige Beratungsstelle für Frauen im Sexgewerbe. Sind Sie vom Regierungsrat zur Abschaffung des «Tänzerinnenstatuts» konsultiert worden?*

Das hätte man eigentlich erwarten müssen. Denn wenn jemand den Draht zu den Tänzerinnen im Kanton hat, dann sind wir das. Das ist aber nicht passiert. Vielmehr haben wir Mitte letzten Jahres zufällig gehört, was der Kanton plant. In einem Brief an den Regierungsrat haben wir unsere Argumente dargelegt und davor gewarnt, dass man den Frauen nun selbst die minimale Sicherheit nimmt, die die L-Bewilligungen darstellen. Polizeidirektor Hans-Jürg Käser hat sich davon nicht beeindrucken lassen. Wir sind dann im Oktober 2006 gemeinsam mit dem Verband der Nachtclubbesitzer (ASCO) und den Agenturen an die Öffentlichkeit gegangen. Das Vorgehen des Kantons war völlig intransparent. Auch die Nachtclubbesitzer haben erst am Tag der Pressekonzferenz offiziell erfahren, dass zum Jahresbeginn 2007 Schluss sein sollte mit den L-Bewilligungen.

*Käser hat in einem Interview mit dem «Bund» erklärt, es gehe hier um eine ethische Frage. Verteidigen Sie die Doppelmoral?*

Eigentlich müsste man in die Ausweise hineinschreiben: «Bewilligung – Sexarbeit». Dann wissen auch die Frauen, die zum ersten Mal hierher kommen, dass es nicht nur ums Tanzen und ein bisschen Ausziehen geht. Prostitution ist zwar eigentlich mit dem L-Ausweis verboten, findet aber statt. Wenn die Frauen erwischt werden, müssen sie die Schweiz verlassen. Wir hatten schon Fälle, wo Arbeitgeber den Frauen, die sich für ihren Lohn und ihre Rechte wehrten, mit einer Anzeige wegen Prostitution drohten. Wenn die Frau nicht mehr mitspielt, dann kann sie gehen. Das ist Doppelmoral.

*Trotzdem haben Sie auf der Basis des «Tänzerinnenstatuts» einiges erreicht.*

Ja. Seit einigen Jahren gibt es in der Stadt Bern nur noch Betriebsbewilligungen für Nachtclubs, wenn wir als Beratungsstelle freien Zugang haben. Vorher mussten wir immer in die Wohnungen der Tänzerinnen. Das ging nur zu den Zeiten, wenn die Frauen nicht mehr schliefen und bevor sie anfangen zu arbeiten. Und jetzt ist die Bedingung, dass man uns reinlässt. Heute haben wir eindeutig den besseren Kontakt zu den Frauen. Löhne werden heute nicht mehr bar, sondern auf ein Konto ausgezahlt.

Das macht den Lohnbetrug erheblich schwieriger.

*Was würde nun passieren, wenn es keine Bewilligungen mehr gibt?*

Ein Teil der Nachtclubbesitzer fände das «super». Sie können dann Frauen aus der EU zu schlechteren Bedingungen und weniger Lohn anstellen. Und für die Wohnung sind sie auch nicht mehr zuständig – das ist nur beim L-Ausweis so. Zum anderen wird es mehr Animationsbars und Prostitution in Sauna- oder Privatclubs geben. Die Nicht-EU-Frauen kommen auch ohne Bewilligung. Sie brauchen Arbeit und Geld. Wie das geht, sieht man ja jetzt schon, wenn die Polizei Razzien in Clubs auf irgendwelchen Dörfern macht. Es wird wohl kaum auf irgendeiner moldawischen Homepage stehen: «Fahren Sie nach Egerkingen, dem schönsten Platz in der Schweiz.» Das sind Händlerringe, die die Frauen rekrutieren. Sie kommen als Touristinnen und bleiben. Wir würden dann Jahre brauchen, bis wir wieder den Zugang zu ihnen haben. Die ganze Präventionsarbeit würde massiv behindert und die Frauen würden nicht mehr trauen, sich gegen Ausbeutung zu wehren. Und ich habe dann kein Papier mehr in der Hand, um ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Interview: Heiner Busch

*Schotten dicht für Cabaret-Tänzerinnen von ausserhalb der EU. Wie eine Umfrage des Bundesamts für Migration unter den Kantonen belegt, will die Mehrheit der Kantone das «Tänzerinnenstatut» beibehalten und die L-Bewilligungen nicht abschaffen. Somit steht Bern mit dieser Lösung ziemlich alleine da. Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP) begründet seine Pläne damit, dass die in den letzten Jahren eingeführten Schutzmassnahmen für die Frauen «nur in sehr geringem Masse» wirksam seien.*

*Die Tänzerinnen würden weiter ausgenutzt und teilweise zur Prostitution gezwungen. Von einer Verlagerung in die Illegalität von Kontaktbars will Käser nichts wissen: «Wenn wir keine Bewilligungen mehr aussprechen, kommen keine Frauen mehr aus diesen Ländern. Das Problem löst sich von alleine», erklärte er am 20. Oktober 2006 im «Bund». Den Rest soll eine «verstärkte Polizei-präsenz» erledigen.*

## Kurz und klein

### Neues aus Schengen

Am 25. Oktober 2006 hat das EU-Parlament (EP) die Rechtsgrundlagen für das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) in erster und einziger Lesung verabschiedet. Der Rat der Innen- und Justizminister zog diesen Februar nach. Im SIS II werden nicht nur Fotos und Fingerabdrücke gespeichert. Sobald das technisch möglich ist, sollen die Fingerabdrücke auch als Suchkriterium bei Kontrollen an den Grenzen und im Inland verwendet werden. Statt «Ihre Papiere bitte» könnte es dann in Zukunft heissen: «Fingerabdrücke bitte». Das EP hatte sich auf eine beschleunigte Beschlussfassung eingelassen, obwohl seit Mitte 2006 deutlich war, dass die EU-Kommission und der Rat ihren Fahrplan für den Aufbau des Systems nicht einhalten konnten. Im Dezember beschloss der Rat dann eine Interimslösung auf der Grundlage des bestehenden SIS.

Das SIS II soll nun Ende 2008 bereit stehen. Das alles ändert nichts daran, dass es sich bei der Mehrzahl der in dem «Fahndungssystem» gespeicherten Personen um Nicht-EU-BürgerInnen han-



delt, denen aus rein ausländerrechtlichen Gründen der Zugang in die Union verweigert wird.

Die Schweiz wird sich aller Voraussicht nach erst am SIS II beteiligen. Spätestens nach der Ratifizierung der Schengen-Beitrittsverträge will sie sich auch an der von der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX organisierten «schnellen Eingreiftruppe» beteiligen, die an den Aussengrenzen den Zustrom «illegaler Einwanderer» verhindern soll.

### Auslieferung und Asyl

**Dursun Güner** ist frei: Nach achteinhalb Monaten ist der in der Schweiz als Flüchtling anerkannte Dursun Güner am 12. Februar 2007 aus der Auslieferungshaft im deutschen Lörrach entlassen worden. Das Oberlandesgericht Karlsruhe erklärte die Auslieferung in die Türkei für «nicht zulässig». Der erforderliche Tatverdacht für die Beteiligung Güners an drei Morden in den Jahren 1979/80 sei nicht gegeben.

Güner war im Mai 2006 an der deutschen Grenze festgenommen worden – und zwar aufgrund eines internationalen Haftbefehls der Türkei, der auch dem schweizerischen Bundesamt für Justiz vorlag. Das «Solidaritätskomitee Dursun Güner» fordert deshalb erneut, Flüchtlinge vor solchen politisch motivierten Haftbefehlen zu warnen.

**Erdogan Elmas:** Bereits am 31. Januar wurde Erdogan Elmas aus der Auslieferungshaft entlassen. In den nahezu zwölf Monaten seiner Haft hatte ihn das Bundesamt für Justiz (BJ) immer wieder in andere Gefängnisse verlegt, um Proteste gegen die Auslieferung in die Türkei zu erschweren. Das Bundesgericht hob die Auslieferungs-Entscheidung des BJ nun auf. Es verwies unter anderem

darauf, dass in der Türkei in den 90er Jahren bürgerkriegsähnliche Zustände geherrscht hätten und Erdogan Elmas zum Zeitpunkt der angeblichen Tat noch minderjährig gewesen sei.

**Mehmet Esiyok:** Am gleichen 31. Januar entschied das Bundesgericht, die Auslieferung von Mehmet Esiyok in die Türkei zu erlauben. In der Türkei werde zwar nach wie vor gefoltert. Man könne aber einem Staat nicht jegliche Rechtshilfe verweigern, auch wenn er eine lange Bürgerkriegsgeschichte zu verarbeiten habe und noch nicht die vollen rechtsstaatlichen Standards erfülle. Eine Auslieferung sei dank türkischer Garantien möglich: Die schweizerische Botschaft soll das Verfahren beobachten und Esiyok jederzeit in der Haft besuchen können. Esiyoks Anwälte befürchteten allerdings, dass dadurch Esiyoks Sicherheit nicht gewährleistet ist. Esiyok war seit 1995 Mitglied des Zentralkomitees der PKK, hatte aber nie an militärischen Auseinandersetzungen teilgenommen.

### Waadt: Widerstand lohnt sich

Nach mehr als zwei Jahren engagierten Widerstandes gegen die Ausschaffung von abgewiesenen AsylbewerberInnen hat die Coordination Asile Vaud eine positive Zwischenbilanz gezogen. Seit ihrer Gründung Ende Juni 2004 wurden gesamthaft 167 Angehörige der «Gruppe der 523» sowie 51 weitere Personen regularisiert. Dazu beigetragen hat das enorme Engagement in verschiedenen Refugien, aber auch die politische Arbeit, die dazu führte, dass das Parlament sich trotz rechter Mehrheit in über zwanzig Abstimmungen für Anliegen der Coordination Asile Vaud ausgesprochen hat. Der Widerstand wird weitergehen. *Aktuelle Infos: [www.stoprenvois.ch](http://www.stoprenvois.ch)*

## Portrait

**Christophe Tafelmacher: «Wir sind die Realisten»**

**Anwälte stellt man sich meist recht bieder vor. Nicht so Christophe Tafelmacher: Sein etwas punkiger Haarschnitt und die Demofotos an den Wänden seiner Lausanner Kanzlei erinnern daran, dass es sich hier nicht um einen herkömmlichen Anwalt handelt, sondern um einen Aktivist, der sich seit über 20 Jahren für die Rechte von Flüchtlingen und ImmigrantInnen einsetzt.**



ne Fähigkeiten für eine Sache einsetzen zu können, die ihn bewegte. Sein Engagement für Flüchtlinge begann bei SOS-Asile Vaud, wo er als Freiwilliger bei der Rechtsberatungsstelle mitwirkte. Der Unterschied zwischen juristischer Praxis und der an der Uni vermittelten juristischen Theorie schockierte ihn. Ihm wurde bewusst, wie willkürlich die Behörden mit den Asyldossiers umgingen. Seither hat er viel Zeit aufgewendet, sich mit diesen Behörden herumzuschlagen.

Als 1985 Flüchtlinge in Mobutus Zaïre ausgeschafft wurden, kam Christophe Tafelmacher mit der Asylbewegung in Kontakt. Er hatte soeben sein Jusstudium abgeschlossen und war froh, sei-

**Hartnäckig und erfahren**

Der 43-jährige Tafelmacher sagt von sich selber, er sei sehr hartnäckig. Als «Zweckspessimist» verfallt er nach Nie-

derlagen nicht in Motivationskrisen, auch wenn die allgemeine politische Situation ihn manchmal traurig stimme. «Wir haben aber auch Kämpfe gewonnen», erinnert Tafelmacher und erzählt von Erfolgen der letzten Jahre, wie etwa jenem der Asylkoordination Waadt, in der er eine wichtige Rolle spielte. Die Ausweisung von mehreren hundert schon lange in der Schweiz lebenden Menschen konnte verhindert werden. Die Asylbewegung in der Westschweiz habe es geschafft, auch in ländlichen Gebieten präsent zu sein und den öffentlichen Diskurs positiv zu verändern. Eine langjährige Ameisenarbeit zahle sich aus.

**Am Konflikt festhalten**

Seine Stärken sieht Tafelmacher in seiner Erfahrung sowie seiner ruhigen und organisierten Art. In der Asylbewegung nehme er manchmal eine «Gedächtnisrolle» ein, er könne gut Perspektiven aufzeigen und Verhandlungen mit Behörden führen. Hartnäckigkeit empfiehlt Tafelmacher, der Vorstandsmitglied von Solidarité sans frontières ist, auch auf nationaler Ebene: «In einem Land das Konflikte verabscheut, müssen wir am Konflikt festhalten.» Er findet es wichtig, die schweizweite Vernetzung voranzutreiben und auch gemeinsam auf der Strasse sichtbar zu bleiben. Das schöne an Grossdemos sei, dass die Betroffenen in ihrer Masse sichtbar würden. Dadurch werde plötzlich klar, «dass die Behörden die wirkliche Situation abstreiten und wir die pragmatischen Realisten sind, welche Lösungen finden.»

Dinu Gautier

**Lesen Sie die Zeitung,  
die sich genauso engagiert wie  
Solidarité sans frontières.**

Leisten Sie sich eine eigene Meinung, und abonnieren Sie die WOZ. 8 Wochen lang für nur 20 Franken oder gleich 1 Jahr lang für 235 Franken. Inklusive der monatlich beigelegten deutschsprachigen Ausgabe des «Monde diplomatique». Bestellen Sie via Telefon 044 448 14 44, [abo@woz.ch](mailto:abo@woz.ch) oder unter [www.woz.ch](http://www.woz.ch)

**WOZ DIE WOCHENZEITUNG**

## Veranstaltungshinweise

16. April 2007 in Bern

### Vollversammlung von Solidarité sans frontières

«Offizielle Facts & Figures zur Migration weltweit und in der Schweiz» Präsentation von Thomas Schmutz.  
Anschliessend Diskussion zum Thema «Wie beeinflusst diese Datenlage unsere Vorschläge für eine alternative Migrationspolitik?»

Weitere Traktanden: Jahresplanung, Jahresrechnung 2006 und Budget 2007

18.30 bis ca. 21.30 Uhr im Dreifsaal Dreifaltigkeitskirche, Sulgeneckstrasse 13, Bern. Offen für alle Mitglieder:

Danke für Ihre Voranmeldung ans Sekretariat!

10.-12. Mai 2007

### Internationales Hannah Arendt-Kolloquium Lausanne

«Macht, Denken, politisches Urteilen im 20. und 21. Jahrhundert»

Die Ko-Präsidentin von Sosf, Prof. Marie-Claire Caloz-Tschopp, organisiert dieses internationale Kolloquium, das einer kritischen (Re)lektüre von Hannah Arendt im Licht der heutigen Probleme und Erfahrungen gewidmet ist. Neben Spezialisten sollen auch AktivistInnen, MigrantInnen und sonstige interessierte «Laien» an der gemeinsamen Reflexion und Diskussion teilnehmen.

Détails unter [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch) (Termine Mai 2007)

Anmeldungen und praktische Informationen: [nicole.ferrari@unil.ch](mailto:nicole.ferrari@unil.ch)

## WIDERSPRUCH

Beiträge zu  
sozialistischer Politik

# 51

### Migration, Integration und Menschenrechte

Migrantinnen, Ausländerrecht und Zwangsmassnahmen; Sans-Papiers; Menschenhandel; Solidarische Asyl- und Migrationspolitik; Integration, Partizipation und Gleichberechtigung; Kulturalisierung; Gewerkschaften und Migration; Second@s in der Schweiz

M. Spescha, S. Pittà, Y. Riaño / N. Baghdadi,  
B. Schwager, A. Lanz, H. Busch / B. Glättli,  
S. Jegher, G. D'Amato / R. Fibbi, S. Prodolliet,  
M. Terkessidis, A. Sancar, A. Gamboa / T. Leite,  
V. Alleva, A. Juhasz

### Globalisierung und Arbeitsmigration

Ch. Butterwegge: Weltmarktdynamik und Migration  
Ch. Marischka / T. Pflüger: EU-Grenzregime  
S. Brodal: Sklavenarbeit in der Landwirtschaft  
M.R. Krätke: Globalisierung und Nationalstaat

232 Seiten, Fr. 25.- (Abonnement Fr. 40.-)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich  
Tel./Fax 044 273 03 02  
[vertrieb@widerspruch.ch](mailto:vertrieb@widerspruch.ch) [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)

**WICHTIG: Tagungs-Teilnahme für Flüchtlinge und wenig verdienende AktivistInnen von Sosf gratis (bei der Anmeldung angeben).** Auf Anfrage zudem allenfalls Organisation privater Übernachtungsmöglichkeiten möglich. Anfragen dazu ans Sekretariat von Sosf.

16. Juni 2007, 14h, Bern

Demo gegen

Fremdenfeindlichkeit

Die Demo ist wieder am Flüchtlingstag in Bern geplant

Aktuelle Infos: [www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch)

Bitte teilen Sie uns  
Adressänderungen  
umgehend mit.

Sie ersparen uns damit  
teure Posttaxen.

### impressum

Erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe: 3450 deutsch /  
750 französisch

Beglaubigte Auflage: 3'252 Ex. deutsch /  
693 Ex. französisch

Satz/Gestaltung: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Oranis Offset, Chur

Versand: Toleranz95, Chur

Redaktion: Heiner Busch, Balthasar Glättli,  
Manuela Reimann Graf

Übersetzungen: Sylvie Colbois,  
Olivier von Allmen

Lektorat: Sosf

Fotos: Simone Haug und Julia Weber

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:  
20. April 2007

Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe  
zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2007 inkl. Abo:

Fr. 60.- Verdienende / Fr. 90.- Paare /

Fr. 30.- Nichtverdienende /

Organisationen Fr. 100.-

Abo Einzelpersonen Fr. 25.- /

Abo Organisationen Fr. 45.-

Herausgeberin: Solidarité sans frontières,

Neuengasse 8, 3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Fon: 031 311 07 70

Fax: 031 311 07 75

e-mail: [sekretariat@sosf.ch](mailto:sekretariat@sosf.ch) / [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

PC-Konto: 30-13574-6